

52 Alternativen für Hessen

Roland Kochs Zeit läuft ab – 15 Wochen bis zur Wahl



Wiesbaden, den 12. Oktober 2007

Stärkung des Ehrenamtes ohne Rückzug des Staates aus der sozialen Verantwortung

Über 2 Millionen Menschen engagieren sich in Hessen ehrenamtlich in Vereinen und Organisationen. Dieses Engagement darf nicht unterschätzt werden. Um die Rahmenbedingungen und Förderinstrumente des bürgerschaftlichen Engagements zu verbessern, hat die Bundesregierung Mittel in Höhe von 490 Millionen Euro in Aussicht gestellt. Die SPD in Hessen unterstützt alle Initiativen, die auf eine Erhöhung der Wertschätzung ehrenamtlichen Engagements hinauslaufen. Allerdings darf dies nicht dazu führen, dass Aufgaben, die vom Land zu erfüllen sind, auf Ehrenamtliche abgewälzt werden.

Dafür steht die SPD:

- Entbürokratisierung des Spendenrechts, d.h. einen neuen Freibetrag in Höhe von 500 Euro pro Jahr, den ehrenamtlich Tätige pauschal steuerlich geltend machen können,
- Erhöhung des Übungsleiterfreibetrags von 1.848 Euro auf 2.100 Euro,
- Vereinfachung der Nachweise von Zuwendungen (Spenden und Mitgliedsbeiträge).

Die steuerliche Förderung ist ein wichtiges Standbein zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Die Stärkung des Ehrenamtes darf jedoch nicht Rückzug des Staates aus der Verantwortung bedeuten. Mit dem Kahlschlag im Sozialbereich hat die CDU-Landesregierung viele Strukturen zerschlagen, die ehrenamtliches Engagement erst möglich gemacht haben.

Wer will, dass das ehrenamtliche Engagement in Hessen in Zukunft angemessen gefördert wird, muss am 27. Januar 2008 SPD wählen.